



Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



AUS DEM INHALT

Ausgabe März 2024

- **Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie**
- **Euro 7-Abgasnorm**
- **Spielzeugsicherheit**
- **Rückblick auf die Legislaturperiode 2019 bis 2024**

Liebe Leserinnen und Leser,

mit diesem letzten Eurospot vor der Europawahl grüße ich Sie herzlich. Am Donnerstag, dem 25. April endet in Straßburg die Sitzungsperiode des 9. seit 1979 alle 5 Jahre direkt gewählten Europäischen Parlaments. Vom 6. bis 9. Juni findet dann in den 27 Mitgliedstaaten die Europawahl statt. Bei uns wird, wie in den meisten Staaten, am Sonntag dem 9. Juni gewählt. Mit dem Ende der Wahlperiode enden natürlich die politischen Herausforderungen nicht – im Gegenteil, man hat fast den Eindruck, wir könnten uns die Sitzungsunterbrechung vom 25. April bis zur Neukonstituierung am 16. Juli eigentlich nicht leisten.

Wer allerdings gedacht hat, wir hätten ab dem 10. Juni „Urlaub vom Wahlkampf“ irrt. Bereits ab dem 11. Juni konstituieren sich die Fraktionen und es beginnen Gespräche zur Verteilung von Funktionen innerhalb der Fraktionen, im Plenum und in den Ausschüssen. Dabei bildet die Verteilung nach Proportionalität eines der zentralen Prinzipien, das auch in der eigenen Fraktion und Parteienfamilie gilt. Denn auch hier werden die Funktionen entsprechend der Größe der einzelnen nationalen Delegationen, also nach Anzahl der gewählten Abgeordneten, verteilt. Dieser Prozess wird zur Neukonstituierung des Plenums am 16. Juli abgeschlossen sein, so dass die Fraktionen handlungsfähig sind und die neue Spitze des Parlaments wählen können. Im Anschluss an die Sommerpause wird dann ab September die parlamentarische Arbeit des 10. Europäischen Parlaments beginnen.

Meine Bitte: Gehen Sie zur Wahl und entscheiden sich für eine der vielen pro-europäischen demokratischen Parteien. Nur gemeinsam sind wir stark!

Ihr

Michael Gahler



Zwangssanierungen verhindert

Hausbesitzer können aufatmen: Zwangssanierungen von Eigenheimen, wie Grüne und Sozialdemokraten sie befürwortet haben, wird es in der EU nicht geben. Es ist auch den Europaabgeordneten von CDU und CSU zu verdanken, dass dieses irrwitzige Vorhaben schlussendlich verhindert werden konnte. Die in der Plenarsitzung im März vom Europäischen Parlament angenommene Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie konnte an den entscheidenden Stellen entschärft

werden. Dennoch steckt in dieser Richtlinie zu viel Klein-Klein-Regulierung wie Vorgaben zu Fahrradstellplätzen oder zur Vorverkablung von Ladesäulen, was regional deutlich besser geregelt werden kann.

Es steht außer Frage, dass zahlreiche Gebäude in naher Zukunft umweltfreundlicher werden müssen. Laut Schätzungen ist der Gebäudebestand in der EU für rund 36 % der CO₂-Emissionen verantwortlich. Genau dafür gibt es allerdings

schon den auf Gebäude ausgeweiteten europäischen Emissionshandel. Darauf haben CDU und CSU in den Verhandlungen immer wieder hingewiesen. Zusätzlich hat das Parlament verbindliche europäische Energie-Einsparvorgaben für die Mitgliedstaaten beschlossen. Diese EU-Vorgaben garantieren bereits die Einhaltung der Pariser Klimaziele. Der Mehrwert der Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie bleibt weiterhin fraglich.

Das Europäische Parlament beschließt ausgewogene Euro 7-Abgasnorm

Das Europäische Parlament hat im März Maßnahmen beschlossen, die sowohl die Luftqualität in der EU verbessern, als auch die Industrie nicht unverhältnismäßig belasten werden. Den Abgeordneten von CDU/CSU und der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) ist bei der Euro 7-Abgasnorm eine gute Balance zwischen Gesundheitsschutz und dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der



europäischen Industrie gelungen.

Die etablierten Euro 6-Testbedingungen werden beibehalten, damit werden hohe Anpassungskosten für die Industrie vermieden. Gleichzeitig konnten jedoch vor allem bei schweren Nutzfahrzeugen wie LKW oder Bussen strengere Grenzwerte bei den beiden wichtigsten Luftschadstoffen Stickstoffdioxid

und Feinstaub durchgesetzt werden. Außerdem erfasst die neue Norm bei Feinstaub nun deutlich kleinere Partikel mit einem Durchmesser von kleiner oder gleich 10 Nanometern. Erstmals werden auch Grenzwerte für Brems- und Reifenabrieb gesetzt. All dies wird zu einer deutlichen Verbesserung der Luftqualität führen.

Schließlich machte das Eu-

ropaparlament mit einer ambitionierten Regulierung von Batterien für E-Autos die Norm auch fit für die Zukunft: Nach 160.000 Kilometern oder acht Jahren müssen Batterien von Autos noch eine Mindestleistung von 72 Prozent erreichen. Das stärkt das Vertrauen in die Technologie und gibt dem Verbraucher Sicherheit.

Gestärkte EU-Regelungen zur Sicherheit von Spielzeug

Spielzeug wird in der EU künftig noch sicherer. Dafür hat das Plenum im März mit der Stärkung der Vorschriften für Spielzeugsicherheit gesorgt. Zuletzt war im europäischen Binnenmarkt jedes fünfte Produkt, das von der EU als gefährlich eingestuft und deshalb aus dem Verkehr gezogen worden war, ein Spielzeug. Die seit 2009 geltende Spielzeugsicherheitsrichtlinie ist nun auf den neuesten Stand gebracht worden.

Die neuen Vorschriften werden zu einem einheitlich hohen Sicherheitsniveau in Europa führen und dazu beitragen, dass unsicheres Spielzeug gar nicht erst auf den Markt gelangt. Beste-



hende Verbote gefährlicher Chemikalien werden ausgeweitet, etwa auf solche, die sich auf das Hormonsystem von Kindern oder deren Atemwege auswirken. Ebenso wird es der Europäischen Kommission zudem künftig schneller möglich sein zu reagieren, wenn neue wissenschaftliche Erkenntnisse in Bezug auf chemische Stoffe

vorliegen. Nicht zuletzt werden Online-Marktplätze verpflichtet, einschlägige Warnungen von nun an gut sichtbar anzuzeigen.

Durch den neu eingeführten digitalen Produktpass werden Verbraucher Zugang zu den für sie relevanten Informationen haben. Gleichzeitig bleiben Geschäftsge-

heimnisse durch differenzierte Zugangsrechte gewahrt – ein starkes Zeichen für fairen Wettbewerb und den Wirtschaftsstandort Europa.

EU-Parlament stärkt Pressefreiheit

Das Europäische Parlament hat im März Schutzmaßnahmen für Journalistinnen und Journalisten vor staatlichen Einflussversuchen angenommen. Mit dem Europäischen Medienfreiheitsgesetz setzt Europa ein wichtiges Zeichen gegen den besorgniserregenden Zustand der weltweiten Pressefreiheit.

Konkret wird mit dem Gesetz eine politisch unabhängige Medienaufsicht geschaffen, gleichzeitig soll es für mehr Transparenz bei den Besitzverhältnissen von Medienunternehmen sorgen. Zudem werden Mindeststandards für den öffentlichen Rundfunk sowie für die freie Arbeit von Journalistinnen und Journalisten gesetzt. Medienanbieter erhalten die Möglichkeit, sich selbstständig an die eu-

ropäische Ebene zu wenden, wenn nationale Vorgaben sie behindern oder einschränken. Die neuen Regeln sollen auch für die großen nicht-europäischen Online-Plattformen gelten. Ziel des Gesetzes ist es, Qualitätsjournalismus, wissenschaftliche Artikel und investigativen Journalismus vor willkürlichen Eingriffen der Platt-

formen zu schützen.

Die EU-Kommission hatte das Medienfreiheitsgesetz (Media Freedom Act) im September des vergangenen Jahres vorgeschlagen. Sie reagierte damit auf Einschränkungen der Pressefreiheit in Ländern wie Ungarn oder Polen.



Das 9. Europäische Parlament – Ein Rückblick



Am 16. Juli 2024 endet die Legislaturperiode des 9. Europäischen Parlaments. Krieg in Europa, die Bekämpfung des Klimawandels, der Umgang mit den Auswirkungen von COVID-19 sowie die Begrenzung von illegaler Migration sind nur einige der Themen, die Europa in den letzten fünf Jahre und weiterhin auf die Probe stellen. Am Ende dieser Legislaturperiode ist es daher wichtig, nicht nur auf die anhaltenden Herausforderungen zu schauen, sondern auch auf das, was Europa in dieser Zeit erreicht hat.

Solidarität mit der Ukraine: Europa unterstützt in Zeiten des Krieges

Seit mittlerweile mehr als zwei Jahren stellen sich Ukrainerinnen und Ukrainer tapfer und entschlossen Tag für Tag der brutalen Aggression des Putin-Regimes entgegen. Sie kämpfen für eine Zukunft ihres Landes in Frieden, Freiheit und Demokratie als Teil der europäischen Familie. Damit verteidigen sie auch unsere europäische Lebensweise und Sicherheit. Nicht erst seit dem Beginn des völkerrechtswidrigen

vollumfänglichen russischen Angriffskrieges am 24. Februar 2022 stehen die EU und ihre Mitgliedstaaten unerschütterlich an der Seite der Ukraine. So beläuft sich die Unterstützung der EU und ihrer Mitgliedstaaten für die Ukraine auf mittlerweile 144 Milliarden EUR, die sich auf humanitäre Hilfe, Bereitstellung militärischer Ausrüstung und finanzielle Unterstützung verteilen. Zudem wurden insgesamt zwölf Sanktionspakete gegen Russland beschlossen, um dessen Kriegsführungsfähigkeit einzuschränken.

Unter Führung des Ständigen Berichterstatters des Europäischen Parlaments zur Ukraine, Michael Gahler, setzten sich besonders die Abgeordneten von CDU und CSU tatkräftig für die Ukraine ein. So sind seit Beginn des Krieges über 50 Beschlüsse politischer und gesetzgeberischer Natur seitens des Europäischen Parlaments ergangen, die teils mit Mehrheiten über 90% angenommen wurden. Besonders hervorzuheben ist hierbei die jüngst verabschiedete Ukraine-Fazilität, ein ziviles Hilfspaket im Umfang von 50 Milliarden bis Ende 2027.



Stärkung der Verteidigungsfähigkeit durch gemeinsame Programme

Die weltweite Zunahme von Krisen, Konflikten und Kriegen, allen voran der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, bedroht die Sicherheit der Europäischen

Union. Deshalb hat die EU Maßnahmen zur Stärkung der gemeinsamen Verteidigungsfähigkeit auf den Weg gebracht, um ihre Souveränität, Interessen und Werte und vor allem die Europäischen Bürgerinnen und Bürger besser schützen zu können. Programme wie EDI-RPA als Anreiz zu gemeinsamer Beschaffung von Verteidigungsgütern durch die Mitgliedstaaten und ASAP zur Beschleunigung der Munitionsproduktion haben in diesem Kontext eine bedeutende Rolle gespielt, indem erstmals europäische Instrumente zur gemeinsamen Beschaffung und Steigerung der Produktion von Verteidigungsgütern geschaffen wurden.

Vor allem die gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern ist ein entscheidender Schritt hin zu einer echten Verteidigungsunion. Denn dies ermöglicht nicht nur einen besseren Einsatz europäischer Steuergelder durch geringere Stückpreise, sondern verbessert insbesondere die Fähigkeit der europäischen Streitkräfte zur Zusammenarbeit. Deshalb muss es gelten, dieses Instrument mit entsprechender finanzieller Ausstattung zukünftig auf Dauer zu stellen.

CDU/CSU setzen sich seit je-

her für eine verstärkte militärische Kooperation innerhalb der EU ein, die im Angesicht der akuten Bedrohung unserer Sicherheit alternativlos ist. Durch gemeinsame Verteidigungsplanung, gemeinsame Entwicklung und Beschaffung von militärischen Fähigkeiten können die Mitgliedsstaaten ihre Verteidigungskapazitäten optimieren, um gemeinsam effektiver auf neue Sicherheitsherausforderungen reagieren zu können.

Bewältigung der COVID-19-Pandemie

Die COVID-19-Pandemie war eine der größten Herausforderungen mit denen die EU in Ihrer über 70jährigen Geschichte konfrontiert war. Durch gemeinsame Maßnahmen wie die Impfstoff-Beschaffung, aber durch ein Wiederaufbauprogramm im Umfang von mehr als 800 Milliarden EUR hat sich die EU bewähren können. Deutlich wurde während der Pandemie auch die Bedeutung einer aktiven und koordinierten Gesundheitspolitik auf EU-Ebene. Während dieser Legislaturperiode des Europäischen Parlaments wurden wichtige Schritte unternommen, um die Gesundheitspolitik der EU zu stärken und zukunftsfähig zu gestalten.

Eine der bedeutendsten Maßnahmen im Kampf gegen die Pandemie war die Einführung des digitalen europäischen COVID-Zertifikats. Dieses Zertifikat ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürgern, ihren Impfstatus, Testergebnisse oder Genesung von Covid-19 europaweit digital nachzuweisen. Darüber hinaus hat die EU eine umfassende Strategie im Bereich der öffentlichen Gesundheit für die Zeit nach der Covid-19-Pandemie verabschiedet. Diese Strategie zielt darauf ab, eine Gesundheitsunion zu schaffen, die eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten in grenzübergreifenden Gesundheitsfragen gewährleistet. Insbesondere soll die Kooperation bei der Seuchenbekämpfung, der Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen sowie bei Maßnahmen zur Vermeidung von Lieferengpässen bei Arzneimitteln verbessert werden. Auch im Rahmen des EU-Forschungsprogramm „Horizon Europe“ werden medizinische Forschung, auch zu Long-COVID sowie Entwicklung neuer Behandlungen und Technologien in einem Umfang von rund 33 Milliarden im Zeitraum von 2021 bis Ende 2027 gefördert. Des Weiteren wurde die EU-Medizinprodukteverordnung angepasst, damit wichtige Medizinpro-

dukte weiterhin in der EU verfügbar sind.

CDU/CSU haben diese Maßnahmen unterstützt und vorangetrieben, um so der Schaffung einer europäischen Gesundheitsunion näherzukommen, die Mindeststandards setzt und zwischenstaatliche Zusammenarbeit erleichtert, um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger Europas effektiv zu schützen und zu fördern.

Landwirten den Rücken gestärkt

Auch in der Agrarpolitik hat die EU in den vergangenen fünf Jahren deutliche Fortschritte gemacht. Dabei haben sich die Europaabgeordneten von CDU und CSU konsequent für eine europäische Landwirtschaft eingesetzt,

die den Belangen unserer Bauern angemessen Rechnung trägt, die Lebensmittelversorgung sicherstellt und den Umweltschutz fördert.

So setzten sich CDU und CSU für eine bessere Umverteilung von Fördergeldern ein, um kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben eine gerechtere Chance auf Unterstützung zu geben. Diese Maßnahme stellt sicher, dass die Agrarsubventionen effizienter eingesetzt wurden und die Vielfalt in der Landwirtschaft gefördert wird. Ebenso gelang es sogenannte Öko-Regelungen zu verankern, die sich als ein Angebot von Maßnahmen zum Umweltschutz an die lokalen Gegebenheiten anpassen. Dies ermöglichte es den Landwirten, nachhaltige Praktiken zu implementieren,



die sowohl den ökologischen als auch den wirtschaftlichen Bedürfnissen gerecht wurden.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt lag darauf, kein generelles Verbot von Pflanzenschutz in landwirtschaftlichen Schutzgebieten und Natura2000-Gebieten zu verhängen. Stattdessen wurden gezielte Maßnahmen ergriffen, um die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in sensiblen Gebieten zu regulieren und alternative Lösungen zu fördern. Denn CDU und CSU setzen nicht auf eine simple Verbotspolitik beim Pflanzenschutz, sondern wollen Anreize schaffen, die entlang der gesamten Versorgungskette wirken.

Durch die Förderung von Innovationen und nachhaltigen Praktiken in der Landwirtschaft konnte so ein ausgewogener Ansatz zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz erreicht werden.

Erfolge in der Umweltpolitik auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2050

Entscheidende Maßnahmen wurden in der Umweltpolitik ergriffen, die den Weg zur Klimaneutralität bis 2050 ebnen sollen. Ein bedeutender Meilenstein ist die Einführung des EU Green Deals, eines

wegweisenden europäischen Klimagesetzes, in das viele Vorschläge von CDU und CSU eingeflossen sind. Der Green Deal steht weltweit als einzigartiges Beispiel für ambitionierte Klimapolitik und zeigt das Engagement der Europäischen Union im Kampf gegen den Klimawandel.

Die Festlegung des ehrgeizigen, aber realistischen Ziels einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 55% bis 2030 ist hierbei hervorzuheben.

Ein wichtiges Element ist hierbei die Reform des EU-Emissionshandel. So wurde ein CO₂-Grenzausgleichsmechanismus eingeführt, der sicherstellt, dass auch Länder, die CO₂-intensive Produkte in die EU exportieren, für ihren verursachten CO₂-Ausstoß bezahlen. Dies schafft faire Wettbewerbsbedingungen und fördert gleichzeitig die Entwicklung und Nutzung umweltfreundlicher Technologien. Mit dem Ziel, den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2030 auf 42,5% zu steigern, unterstützen CDU und CSU die Diversifizierung und Dekarbonisierung der Energieinfrastruktur. Durch deren Ausbau werden nicht nur Arbeitsplätze geschaffen und die Wettbewerbsfähigkeit Eu-

ropas gestärkt, sondern auch die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduziert.



IMPRESSUM

Michael Gahler
EVP-Fraktion im
Europäischen Parlament
ASP 15 E 262
B-1047 Brüssel
Tel +32-2-2845977
Fax +32-2-2849977
michael.gahler@
europarl.europa.eu
www.michael-gahler.eu
michael.gahler.eu
f

Europabüros:

Wasserweg 2
64521 Groß-Gerau
Tel: +49-6152-932510
und Steubenplatz 12
64293 Darmstadt
Tel: +49-6151-1712-13

Bildnachweis:
*Europäisches Parlament,
Europäische Kommission
freepik.com*